

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 08.08.2017

Folgen verfehlter rot-grüner Schulpolitik abmildern - erste Kurskorrekturen sofort umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Eine gute Versorgung der Schulen mit gut qualifizierten Lehrkräften gehört zu den wichtigsten Grundlagen guter Bildung. In Niedersachsen herrscht derzeit Lehrermangel an den allgemein- und an den berufsbildenden Schulen. Unterrichtsausfall an vielen Schulen ist die Folge.

- Die Zahl der Unterrichtsstunden, die nicht stattfanden, war im Schuljahr 2016/2017 an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen so hoch wie seit mehr als zehn Jahren nicht mehr: Rechnerisch konnten wegen des Lehrermangels über das ganze Schuljahr 2016/2017 rund 600 000 Stunden nicht erteilt werden. Daraus ergab sich eine Unterrichtsversorgung von landesweit durchschnittlich lediglich 98,9 %.
- Für das Schuljahr 2017/2018 prognostiziert das Kultusministerium ein weiteres Absinken der Unterrichtsversorgung auf nur noch rund 98 %.
- An den öffentlichen berufsbildenden Schulen (BBS) ist die Unterrichtsversorgung seit der Regierungsübernahme von SPD und Grünen auf 88,1 % (Schuljahr 2016/2017) gefallen.
- An 195 Schulen sind die Schulleitungsstellen unbesetzt.

Um die Auswirkungen der verfehlten Schulpolitik von SPD und Grünen in Niedersachsen seit 2013 abzufedern und landesweit wieder eine gute Versorgung der Schulen mit Lehrkräften sicherzustellen, ist ein Umsteuern in der kommenden Legislaturperiode nötig. Schulleitungen und Lehrkräfte müssen von unterrichtsfremden, insbesondere nicht-pädagogischen Aufgaben entlastet werden. Sie sollen mehr Zeit haben, sich auf ihre Kernaufgabe, auf guten Unterricht, zu konzentrieren. Dafür müssen zusätzliche Verwaltungsmitarbeiter, pädagogische Mitarbeiter, Schulsozialarbeiter und anderes hierfür qualifiziertes Personal eingestellt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung in einem ersten Schritt auf,

1. allen angehenden Lehrkräften im Vorbereitungsdienst in Niedersachsen eine Einstellungsgarantie zum nächstmöglichen Einstellungstermin zu geben, vorbehaltlich des Bestehens ihrer Prüfungen,
2. bis 30.09.2017 ein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung für den Zeitraum bis 2025 vorzulegen, das den bedarfsgerechten Ausbau der Studien- und Studienseminarkapazitäten sowie ergänzende Maßnahmen zum Umgang mit der Situation in Mangelfächern im allgemein- und berufsbildenden Bereich berücksichtigt,
3. sofort eine „Stabsstelle Abitur 2020/2021“ im Kultusministerium einzurichten, um die Sondersituation im Schuljahr 2020/2021 vorzubereiten, wenn die Folgen der Wiedereinführung des Abiturs nach neun Schuljahren am Gymnasium (G9) sich durch einen schlagartig steigenden Lehrerbedarf auswirken,
4. ab sofort Lehrkräften, die eine Schulleiterstelle an einer einzügigen Grundschule im ländlichen Raum oder an einer städtischen Brennpunkt-Grundschule übernehmen, für die ersten fünf

Jahre eine Prämie in Höhe von 250 Euro als monatlichen Zuschlag zur regulären Besoldung zu zahlen,

5. die Eigenständigkeit der berufsbildenden Schulen bei der Stellenbesetzung und Stellenbewirtschaftung im Sinne des landesweit eingeführten Modells jeder BBS als „Regionales Kompetenzzentrum“ (ReKo) wiederherzustellen, den Erlass des Kultusministeriums „Stellenbewirtschaftung der berufsbildenden Schulen (BBS)“ vom 30.07.2014 sofort zurückzunehmen und bis auf Weiteres zum vorherigen Verfahren zurückzukehren.

Begründung

Die Grundlage guter Bildung in Schulen ist es, dass der vorgesehene Unterricht stattfindet. Dies kann nur funktionieren, wenn in den Schulen eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften tätig ist. In Niedersachsen gelingt der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen getragenen Landesregierung seit dem Schuljahr 2015/2016 keine auskömmliche Ausstattung der Schulen mit Lehrerstunden mehr.

Die Werte für die allgemeinbildenden Schulen sind bei der derzeitigen Regierung von Stephan Weil so niedrig wie seit der Zeit der SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und Sigmar Gabriel nicht mehr.

Die Ursachen des Lehrermangels liegen in falschen politischen Entscheidungen von Kultusministerin Heiligenstadt (SPD). Allein die von ihr veranlasste rechtswidrige Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte, die die rot-grüne Landesregierung wieder zurücknehmen musste, führte zu einem Fehl von 740 Lehrerstellen, das bis heute nicht ausgeglichen werden konnte.

Auch in den berufsbildenden Schulen lag die Unterrichtsversorgung 2016/2017 im vierten Jahr in Folge bei unter 89 % und damit auf einem ebenfalls historisch niedrigen Wert.

Wirksame Gegenmaßnahmen gegen das stetige Absinken der Unterrichtsversorgung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ist Rot-Grün während der gesamten Legislaturperiode schuldig geblieben.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer